

Zürich

Kritik verärgert Wien
Seit Österreich Obergrenzen für Flüchtlinge beschlossen hat, steht das Land in der Kritik. Diese will sich Wien nicht gefallen lassen. **SEITE 27**

Plastik in der Schoggi
Wegen «Erstickungsgefahr» ruft Mars Schokoladeriegel in mehr als fünfzig Ländern zurück. Auch die Schweiz ist davon betroffen. **SEITE 36**



Brühlgut-Stiftung will kantonale Behindertenheime nicht

AUSGLIEDERUNG Der Kanton wollte seine Betriebe für geistig und psychisch Beeinträchtigte der Winterthurer Brühlgut-Stiftung übertragen. Nun bleiben die Institutionen in Rheinau und Embrach aber kantonal. Dem Brühlgut ist das Risiko zu gross.

Eigentlich hätte alles gepasst. Der Kanton wollte seine drei IV-Betriebe ausgliedern. Diese hätten gut zur Winterthurer Brühlgut-Stiftung gepasst. Doch nun hat das Brühlgut dem Kanton einen Korb gegeben.

In Rheinau wohnen im Wohnheim Tilia 80 geistig und psychisch beeinträchtigte Erwachsene. In Embrach bietet Hardoskop Wohngruppenplätze und Beschäftigungen für 52 psychisch Beeinträchtigte, und Hardundgut betreut diese an 52 geschützten Arbeitsplätzen. Die drei Betriebe gehören zum kantonalen Sozialamt.

2012 hatten drei Kantonsräte in einem Postulat gefordert, dass der Regierungsrat Wege prüfe, die Betriebe auszugliedern. Es sei kein Grund ersichtlich, weshalb die drei Einrichtungen nicht wie alle anderen Invalideninstitutionen für Erwachsene im Kanton selbstständig sein sollten.

Doppelrolle «nicht sinnvoll»

Auch der Regierungsrat war dieser Meinung. Obwohl es dem Kanton durch eine gesetzliche Ausnahmebestimmung grundsätzlich erlaubt ist, Träger eines IV-Betriebs zu sein, erscheine dies «nicht sinnvoll», schreibt die Regierung in der Postulatsantwort. Da der Kanton neben dem Betrieb auch für die Bewilligung, Finanzierung und Kontrolle der Einrichtungen zuständig ist, übernehme er eine Doppelrolle.

Bereits im November 2012 hat das Sozialamt Gespräche mit der Winterthurer Brühlgut-Stiftung für Behinderte aufgenommen. Im August 2014 unterschrieben die beiden eine Absichtserklärung. Danach sollte eine Leistungsvereinbarung erarbeitet werden, welche unter anderem die Übernahme der 180 Mitarbeiter der drei Betriebe regeln sollte.

Dies ist nun gescheitert. Ende Januar hat der Stiftungsrat des Brühlguts Nein gesagt zur Übernahme der kantonalen Betriebe. «Das finanzielle Risiko für die Stiftung ist zu gross», sagt Stiftungsratspräsident Ernst Schedler. Das Brühlgut hatte vom Kanton gefordert, dass ein allfälliges Defizit während der ersten drei

bis fünf Jahre nach der Übernahme gedeckt wird.

Rechtlich nicht gestattet

Mit den 116 privaten Invalideneinrichtungen im Kanton unterhält das Sozialamt jährlich erneuerbare Leistungsvereinbarungen. Eine weiterreichende finanzielle Absicherung, wie sie sich das Brühlgut gewünscht hatte, sei rechtlich nicht gestattet, heisst es auf Anfrage bei der Sicherheitsdirektion, zu der das Sozialamt gehört.

«Wir hätten die drei Betriebe gerne übernommen», sagt Ernst Schedler. Geografisch passten sie gut zum Brühlgut wie auch in der Ausrichtung: «Eine Erweiterung

im Bereich der psychischen Beeinträchtigung käme uns gelegen», sagt Schedler. Aber die Gefahr, dass rote Zahlen bei den

«Ohne Absicherung des Kantons können wir ein Wachstum von mehr als der Hälfte nicht verantworten.»

Ernst Schedler, Stiftungsratspräsident Brühlgut

übernommenen Betrieben die ganze Stiftung aus dem Gleichgewicht bringen könnten, sei zu gross.

Für die Brühlgut-Stiftung sind 330 Mitarbeiter tätig. Sie ist das Zuhause von 127 Bewohnern und bietet 285 geschützte Arbeitsplätze. Die Übernahme der kantonalen Betriebe hätte für die Stiftung ein Wachstum von mehr als der Hälfte bedeutet. «Ohne Absicherung von Kantonsseite können wir das im Moment nicht verantworten», sagt Schedler.

Forderung nicht erfüllt

Nun bleibt der Status quo bestehen. Die Zusammenarbeit mit der Brühlgut-Stiftung ist laut Sicherheitsdirektion gut verlaufen. Es blieben keine Ressentiments zurück. Momentan bestehe für den Kanton aber kein weiterer Handlungsbedarf. Die Betriebe laufen weiter wie bisher, und das Postulat wurde Ende 2014 abgeschrieben. Auch eine Alternative

wie eine Vonselbstständigung der Betriebe strebt der Kanton nicht an.

Kantonsrat Lorenz Schmid (CVP, Männedorf), der als einziger der drei Postulanten von 2012 heute noch im Kantonsrat sitzt, bedauert diese Entwicklung. Die Forderung des Postulats wurde nicht erfüllt, somit sei das Geschäft noch nicht abgeschlossen. «Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der Kanton nicht gleichzeitig für den Betrieb und die Finanzierung solcher Institutionen zuständig sein sollte», sagt Schmid. Er hat vor, ein neues Postulat mit dem gleichen Ziel einzureichen. Zuerst müsse er aber Abklärungen treffen und neue Partner finden. Danach muss die Regierung wieder neue Optionen prüfen.

Katrin Oller

Hakenkreuz-Plakat erhitzt Gemüter

ZÜRICH Ein Schweizer Kreuz, umfunktioniert zu einem Hakenkreuz: Das Plakat gegen die Durchsetzungsinitiative, das im HB zu sehen war, sorgte für heftige Proteste.

Am Montag tauchte das via soziale Medien in Umlauf gebrachte Hakenkreuz-Plakat auch im Zürcher Hauptbahnhof auf. Das zum Nazisymbol abgeänderte Schweizer Kreuz prangte auf dem Hauptbildschirm in der Querhalle über den Köpfen der Pendler. «Nein zur Zwei-Klassen-Justiz!» lautete dazu die Botschaft der Gegner der Durchsetzungsinitiative. Bei den SBB sind rund 30 Beschwerden gegen die Abstimmungswerbung eingegangen, wie gestern verschiedene Onlineplattformen berichteten. Die meisten Kritiker habe gestört, dass die SBB solche Werbung zulassen.

Zuerst auf Facebook

Wer genau dahintersteht, ist nicht bekannt. Es soll sich um private Geldgeber handeln. Die Aktion im Zürcher HB war offenbar auf einen Tag beschränkt. Das umstrittene Plakat hatte bereits letzte Woche für Aufregung gesorgt. Es wurde vom Zürcher Werber Parvez Sheik Fareed entworfen und auf Facebook gepostet. Dort hat es BDP-Parteipräsident Martin Landolt gesehen und via Twitter verbreitet. *pag*

Gefragte Mikrokredite

ZÜRICH Der Zürcher Verein Go! hat im vergangenen Jahr 43 Jungunternehmer finanziell mit Kleinkrediten von maximal 40 000 Franken unterstützt. Dabei hat er erstmals in seiner siebenjährigen Geschichte in einem Jahr mehr als eine Million Franken ausbezahlt. Mit seinen Mikrokrediten unterstützt Go! insbesondere Jungunternehmende aus den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Zug, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagen wollen. «Mikrokredite für Jungunternehmende im Wirtschaftsraum Zürich wurden zunächst skeptisch aufgenommen», wird Vorstandspräsident Ruedi Winkler in einer Mitteilung vom Dienstag zitiert. Heute wisse man, dass dies einem Bedarf entspreche. *sda*



Im Wohnheim Tilia in Rheinau ändert sich nichts: Der Kanton wollte das Tilia und zwei Betriebe in Embrach dem Brühlgut übertragen.

Keystone

Rekord beim Zürcher Wohnungsbau

ZÜRICH Letztes Jahr sind in der Stadt Zürich so viele Wohnungen gebaut worden wie seit 1953 nicht mehr.

3210 Wohnungen sind 2015 neu erstellt worden. Das sind zwei Drittel mehr als im Vorjahr. Die Stadt Zürich beobachtet seit 2011 mit jährlich jeweils 1900 bis 2500 neuen Wohnungen «eine ausgesprochen hohe Wohnbautätigkeit», wie sie in einer Mitteilung von gestern Dienstag schreibt. Im vergangenen Jahr ist

nun ein langjähriger Höchstwert erreicht worden. Seit dem Jahre 1953 ist nie mehr so viel gebaut worden.

Boom hält an

Die Bautätigkeit bleibt gemäss der städtischen Statistik auch im laufenden Jahr auf hohem Niveau. Ende 2015 befanden sich 5986 Wohnungen im Bau. Insgesamt erhöhte sich der Wohnungsbestand im vergangenen Jahr um 2486: Den 3210 neuen Wohnungen stehen 724 abgebrochene

gegenüber. Wie in den meisten Jahren tat sich im Stadtkreis 1 nichts. In der Innenstadt entstanden somit so gut wie keine neuen Wohnungen.

Zürich-Nord führend

Am meisten wurden erneut in Schwamendingen in Zürich-Nord errichtet. Dabei bestimmten vor allem zwei grosse Genossenschaftsprojekte die Neubautätigkeit. Auf dem Hunziker-Areal wurden im Projekt «mehr als wohnen» 300 Wohnungen er-

stellt, im Mattenhof 200. Baugenossenschaften realisierten insgesamt 1203 Wohnungen. Mit einem Anteil von 37 Prozent an allen Stadtzürcher Neuwohnungen haben sie am meisten Wohnraum geschaffen.

Im Stockwerkeigentum entstanden 911 Wohnungen (28 Prozent). Private Gesellschaften erstellten 777 Wohnungen (24 Prozent). Natürliche Personen und die öffentliche Hand trugen mit sechs respektive vier Prozent nur wenig zur Bautätigkeit bei. *sda*

ANZEIGE

Eine für alle

Jetzt abonnieren! 0800 80 84 80
abo@landbote.ch • www.landbote.ch

Der Landbote

ANZEIGE

Eine für alle

Jetzt abonnieren! 0800 80 84 80
abo@landbote.ch • www.landbote.ch

Der Landbote